

Das Menschenrechtsverständnis der chinesischen Exilopposition

Ding Ding

Während die Regimegegner in der VR China durch die rigide politische Unterdrückung des Regimes derzeit zum Schweigen gezwungen sind, gelten die im Ausland aktiven chinesischen Exilgruppierungen, die sich seit Anfang der 80er Jahre gebildet haben, als Hauptgegner des Regimes. Der Schutz der Menschenrechte ist ihr Ziel und die Menschenrechtsfrage dient ihnen als eine Hauptwaffe bei der Bekämpfung des kommunistischen Regimes in Beijing. Die Frage ist: Was verstehen die Exildissidenten unter dem Begriff der Menschenrechte - und welche Vorstellungen hat die Exilopposition in der Menschenrechtsfrage? Im folgenden wird versucht, darauf eine Antwort zu geben.

I Die Exilopposition und ihre programmatische Zielrichtung

Unter der Exilopposition der VR China verstehe ich solche politischen Gruppierungen, die auf eine Demokratisierung Chinas zielen und das kommunistische Regime mittels einer formellen Organisationsform bekämpfen, um dereinst nach China zur Regierungsübernahme zurückzukehren.

Von den zahlreichen politischen Gruppierungen unter den in Übersee lebenden Chinesen¹ können meiner Ansicht nach nur wenige zur Exilopposition gerechnet werden. Es sind dies:

1. Die Chinesische Allianz für Demokratie (Zhongguo Minzhu Tuanjie Lianmeng, Minlian, CAD), gegründet am 27. Dezember 1983 in den USA als die erste Exilgruppe der VR China. Sie versteht sich als Fortsetzung der Demokratiemauer-Bewegung Ende der 70er Jahre und hat ihren Hauptsitz in New York.
2. Die Föderation für ein Demokratisches China (Minzhu Zhongguo Zhenxian, Minzhen, FDC), gegründet am 23. September 1989 als Nachfolgeorganisation der Demokratiebewegung 1989, mit Hauptsitz in Paris.
3. Die Allianz für ein Demokratisches China (Zhongguo Minzhu Lianhe Zhenxian, Minlianzen, ADC). Sie wurde auf der mißlungenen Fusionsversammlung von CAD und FDC im Januar 1993 in Washington von Teilen beider Gruppen gegründet. Die ADC hat ihren Hauptsitz in San Francisco und gilt zur Zeit als die mitgliederstärkste Exilgruppe.
4. Die Freie Demokratische Partei Chinas (Zhongguo Ziyou Minzhu Dang, Zimindang, FDPC), gegründet im Juni 1991 durch einen Zusammenschluß von zwei politischen Gruppierungen in New York. Sie ist die einzige Exilgruppe, die sich als Oppositionspartei zur KP Chinas versteht und die Machtübernahme in der VR China als ihr langfristiges Ziel betrachtet.

5. Der Koordinierungsrat der Demokratiegruppierungen (Minyun Zuzhi Xietiaohui, KD). Nach dem mißlungenen Zusammenschluß von CAD und FDC im Januar 1993 wurde der Koordinierungsrat auf Initiative der drei prominenten Dissidenten Wang Ruowang, Liu Binyan und Fang Lizhi in Los Angeles gegründet. Der Rat gilt als "eine Koordinierungseinrichtung für Kontakt, Koordinierung und Zusammenarbeit der chinesischen demokratischen Gruppierungen und Dissidenten."²

Die genannten Gruppierungen verstehen sich selbst als demokratische Opposition gegen die alleinherrschende Kommunistische Partei Chinas (KPCh). Sie haben weltweit schätzungsweise insgesamt etwa 3.000 Mitglieder.³ Ihre Schlüsselpersonen, die etwa 100 zählen, umfassen fast alle im Exil lebenden prominenten Dissidenten und Aktivisten der Protestbewegungen Chinas, von der "Hundert-Blumen-Bewegung" 1957 bis zur letzten Demokratiebewegung 1989. Außer wenigen Vertretern der Unternehmer und Arbeiterschicht gehören sie fast alle zur Intelligenz. Zur Identitätsbildung der Exilopposition spielt die Exilpresse eine große Rolle. Dazu gehören die Monatszeitschriften wie *Zhongguo Zhichun* (China Spring, ADC), *Beijing Zhichun* (Beijing Spring), *Minzhu Zhongguo* (Demokratisches China) und einige von den Basisorganisationen herausgebende Blätter wie *Ziyouhun* (Geist der Freiheit, Monatsblatt der FDC in Deutschland).

Unter den Exilgruppierungen herrscht ein programmatischer Grundkonsens über die Zielrichtung der Demokratisierung Chinas. Sie alle wollen eine liberale und menschenrechteschützende Demokratie in China einführen. In ihren Programmen, die sich kaum voneinander unterscheiden, findet man fast gleichlautende Grundsätze wie Abschaffung der Alleinherrschaft der KPCh, Einführung eines demokratischen Systems, Schutz des Privateigentums, Schutz der Menschenrechte und Bewahrung der gesellschaftlichen Gerechtigkeit, kurz gesagt: "Freiheit, Demokratie, Rechtsordnung und Menschenrechte". Kurzfristig streben sie danach, alle verhafteten Dissidenten und politischen Gefangenen freizulassen sowie die Meinungs-, Medien-, Publikations-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit zu verwirklichen. Dieses wollen die CAD, FDC und ADC mit friedlichen und gewaltfreien Mitteln erreichen. Nur die FDPC will einen Sturz des kommunistischen Regime in China mit Gewalt nicht ausschließen.⁴

Trotz dieser gemeinsamen Zielrichtung stellt die Exilopposition allerdings alles andere als eine geschlossene Einheit dar. Sie besteht aus verschiedenen Richtungen mit unterschiedlichen Konzepten. Es gibt auch kein einheitliches Demokratie- und Menschenrechtsverständnis.

II Akzeptierung der Menschenrechtsidee als Recht des Individuums

Menschenrechte als Rechte des Individuums

Die Exildissidenten akzeptieren zum großen Teil den Begriff der Menschenrechte als individuelle Rechte und betrachten die Sicherung der Individualfreiheit als Mittelpunkt der Menschenrechtsidee. Für sie gilt die Interpretation der Menschenrechtskataloge durch die "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" der UN vom 10. Dezember 1948 als Maßstab.

In einer gemeinsamen Erklärung der führenden Exiloppositionellen vom 14. November 1994 steht:

Der Begriff Menschenrechte ist bereits durch die "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" ausführlich interpretiert und streng definiert. Er hat eine allgemein anerkannte universelle Gültigkeit. Die Menschenrechte sind angeborene unveräußerliche Rechte des Menschen als Mensch. Dazu gehört unter anderem das Recht auf Freiheit, Eigentum, Sicherheit und Kampf gegen Unterdrückung. (...) Unter all den Freiheiten der Menschenrechte sind die Rechte auf Meinungsfreiheit, Sicherheit der Person, Vereinigungsfreiheit und Freizügigkeit usw. am wichtigsten. Sie sind voneinander nicht zu trennen und stehen in gegenseitiger Abhängigkeit.⁵

Im Gegensatz zur chinesischen Regierung, welche die kollektiven Rechte den individuellen überordnet und das Existenz- und Entwicklungsrecht betont, wird bei der Exilopposition den individuellen Menschenrechten, insbesondere den politischen Bürgerrechten, die absolute Priorität gegeben. Manche Dissidenten erkennen die kollektiven Rechte grundsätzlich nicht an. So bekräftigte Xiang Xiaoji, einer der Studentenfürher der Demokratiebewegung von 1989 und zur Zeit stellvertretender Vorsitzender der CAD und Generalsekretär des Koordinationsrates demokratischer Gruppierungen, daß er Menschenrechte "als angeborene, universale, individuelle, untrennbare und absolute Menschenrechte" verstehe. Menschenrechte seien nur Rechte des Individuums. Es gebe keine "kollektiven Menschenrechte", keine "nationalen Menschenrechte" oder "staatlichen Menschenrechte".⁶

Der prominente Dissident Yan Jiaqi teilt die Menschenrechte nach den beiden internationalen Pakten aus dem Jahr 1966 ("Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte" und "Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte") in zwei Kategorien und bezeichnete die einen als "von Natur angeborene Menschenrechte" (*tianfu renquan*) und die anderen als "von Menschen geschaffene Menschenrechte" (*renfu renquan*). Die angeborenen Rechte, nämlich bürgerlich-politische Rechte, die sich auf die individuelle Freiheit beziehen, wie Freiheit der Person, Gleichheit vor dem Gesetz, Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit, haben nach ihm universale Gültigkeit. Die "von Menschen geschaffenen Menschenrechte", nämlich die ökonomisch-sozialen Menschenrechte, die sich auf soziale Sicherheit beziehen, wie z.B. das Recht auf Arbeit, Ausbildung und soziale Sicherheit, seien jedoch vom Entwicklungsniveau eines Landes abhängig. "Es gibt in der internationalen Gemeinschaft einen gemeinsamen Maßstab für bürgerlich-politische Rechte, aber keinen für die ökonomisch-sozialen Menschenrechte".⁷ Der Demokratietheoretiker Hu Ping hält es für unangebracht, Sozialrechte als Menschenrechte zu bezeichnen. Nach ihm sind soziale Rechte eher soziale Wohlfahrt (*shehui fuli*). Politische Rechte stehen vor der sozialen Wohlfahrt und gelten auch "als ein wirksamer Garant" für sie.⁸

Die Exildissidenten erkennen zwar kulturelle Unterschiede zwischen dem Westen und dem Osten an, weisen jedoch den kulturellen Relativismus in der Menschenrechtsfrage entschieden zurück. Sie betonen, daß es in der internatio-

nenalen Gemeinschaft einen gemeinsamen Maßstab in der Demokratie- und Menschenrechtsfrage gebe. Es gebe keine "relativen und konkreten" Menschenrechte. "Menschenrechte kennen keine staatliche Grenze".⁹

Dabei gehen sie von der Würde des Menschen aus. Nach dem Ästhetiker Gao Ertai ist die Menschenrechtsfrage im Grunde genommen eine Frage der Würde des Menschen. So gehören Menschenrechte in diesem Sinne nicht nur zur westlichen Welt, sondern zum "inneren Bedürfnis jedes Menschen der Welt".¹⁰ Ni Yuxian, stellvertretender Vorsitzende der FDPC, fand es absurd, Demokratie, Freiheit und Menschenrechte als westlich oder östlich zu bezeichnen: "Es ist genauso unbegreiflich wie der Versuch, die Sonne als die Sonne der Chinesen oder die Sonne der Amerikaner zu teilen."¹¹

Nach der Feststellung von Hu Ping ist die liberalistische Überzeugung vieler Aktivisten der Demokratiemauer-Bewegung Ende der 70er Jahre eigentlich ein Ergebnis ihres Nachdenkens über eigene Erfahrungen unter despotischer Unterdrückung und hat mit westlichen Ideen wenig zu tun.¹² So könnten Menschenrechte "als ein Produkt der Erfahrungen und Vernunft der Menschheit" "in jedem Land und bei jeder Nation gültig" sein und von allen Menschen akzeptiert werden.¹³

Es ist bemerkenswert, daß bisher kaum jemand in der Exilopposition versucht hat, in der chinesischen Kulturgeschichte nach Anknüpfungspunkten für die Menschenrechtsidee zu suchen.

Die These von Samuel Huntington zum "clash of civilisations"¹⁴ traf bei den chinesischen Exildissidenten auf scharfe Kritik. Guo Luoji, ein bekannter Dissident seit Ende der 50er Jahre, betrachtet sie als "eine Akzeptierung der Rechtfertigung des Regimes in Beijing", welche die Meinungsverschiedenheiten in der Menschenrechtsfrage als "Zivilisationskonflikt" bezeichnet. Die Menschenrechte seien "gemeinsame Werte unterschiedlicher Kulturen". Meinungsverschiedenheiten in Menschenrechtsfragen zwischen Osten und Westen seien nicht auf "Zivilisationskonflikte", sondern auf "politische Konflikte" zurückzuführen.¹⁵

Priorität der kollektiven Rechte des Volkes auf Entwicklung und Existenz

Während die Mehrheit der führenden Exiloppositionellen eine Menschenrechtsidee vertritt, die dem westlichen Verständnis nahekommt, gibt es auch Stimmen, die Vorbehalte gegenüber den extremen Formen des westlichen Individualismus äußern. Angesichts der Unterentwicklung des Landes und der Armut der Bevölkerung legen sie Wert auf die kollektiven Rechte zur Entwicklung und Existenz der Bevölkerung. Wirtschaftliche Freiheit wird vor politische Freiheit gestellt. Gong Xiaoxia, eine Aktivistin der Demokratiebewegung seit Ende der 70er Jahre und CAD-Mitglied, tritt gegen eine Verbindung der Meistbegünstigungsbehandlung mit der Menschenrechtsfrage mit den Worten auf: "Sie (d. h. die armen Bauern in China) brauchen wie wir Freiheit und Menschenrechte. Aber für sie bedeutet die Freiheit von Hunger die grundlegende Freiheit und das Existenzrecht das grundlegende Menschenrecht".¹⁶ Nach Wu Guoguang, dem ehemaligen Berater des gestürzten Parteichefs Zhao Ziyang und einem der Verfasser der Gründungserklärung der FDC, liege "die größte Gemeinsamkeit" aller sozialen Gruppen Chinas nicht in den Forderungen nach Machtdezentralisierung und politischer Partizipation, sondern in den Forderungen nach "wirtschaftlicher

Freiheit". "Wirtschaftliche Freiheit mit Eigentumsrecht als Mittelpunkt" könne schließlich zur Herausbildung einer "Zivilgesellschaft" beitragen.¹⁷

Daß sie Wirtschaftsentwicklung für wichtiger halten als persönliche Freiheiten und Rechte, bedeutet nicht, daß sie die Argumente der Regierung in Beijing akzeptieren. Sie akzeptieren auf theoretischer Ebene zwar auch die Priorität der bürgerlich-politischen Rechte, haben aber kein Vertrauen dazu, daß die Bevölkerung nach einem Systemwechsel ihre politische Freiheiten richtig zu nutzen weiß. Angesichts einer Reihe von Problemen wie Bevölkerungsexplosion, Migration, Verelendung oder Regionalismus machen sie sich Sorgen um die generelle Zukunft des Landes. So lautet ihre Zentralfrage: "Was wird nach dem Systemwechsel?"¹⁸ Ein von dieser Gruppe viel zitiertes Wort des prominenten Dissidenten Wang Juntao, der zur Zeit in den USA lebt, spiegelt diese Sorge wider: "Ich bin dagegen, um der Bürgerrechte willen das Vaterland in eine schwierige Situation mit großem Risiko zu führen".¹⁹

"Das despotische Regime zu stürzen ist angeborenes Menschenrecht"

Manche Oppositionellen im Exil betonen das "Widerstandsrecht des Volkes" in der Menschenrechtsfrage. Nehmen wir etwa den oft zu hörenden Satz: Die Freiheit des Volkes geht über alles. Oder die These, die Hauptaufgabe der chinesischen Demokratiebewegung liege darin, das Volk von der Versklavung zu befreien.²⁰ Das Wort "Volk" wird als alle vom Regime Regierten verstanden. Es geht ihnen in der Tat nicht um Recht und Freiheit des Individuums, sondern um die Macht des "Volkes". Der Gründer der ersten Exilgruppe CAD und Vorsitzende der FDPC Wang Bingzhang bezeichnet die Aufgabe "das despotische Regime zu stürzen als "ein angeborenes Menschenrecht". In dem Mangel an Bewußtsein, daß "der Sturz des Regimes(...) angeborenes Menschenrecht" ist, sieht er "eine grundlegende Lehre" der unterdrückten Demokratiebewegung von 1989. Dazu schrieb er:

Aufgrund der historischen Lehren sollten wir uns mehr für die Verbreitung der Menschenrechtsidee einsetzen, damit das Bewußtsein "das Regime stürzen ist angeborenes Menschenrecht" Wurzeln schlägt und "der Sturz des kommunistischen Regimes" zum Leitgedanken der künftigen Demokratiebewegung wird.²¹

III Menschenrechte und Demokratie

Einig ist man sich in der chinesischen Exilopposition darin, daß Demokratie und Menschenrechte in einem engen Zusammenhang stehen und voneinander nicht zu trennen sind. Menschenrechte sind Freiheitsrechte. Um diese Rechte zu sichern, wird die Demokratie als eine notwendige Herrschaftsform angesehen. Demokratie diene im Grund genommen dazu, durch eine entsprechende Gesetzgebung die Grundrechte der Bürger vor willkürlichen Eingriffen zu schützen. Das bestehende politische System in China habe jedoch dem Volk jene Grundrechte entzogen, zu denen das Recht auf Wahl der Regierung und des politischen Systems gehört.²² Die Menschenrechte, vor allem die politischen Freiheiten, werden als Grundlage der Demokratie angesehen: "Nur auf dieser Grundlage

können Volksrecht, Parlamentssouveränität und Volkssouveränität entstehen".²³ Zum Beziehungsverhältnis zwischen Freiheit und Demokratie schrieb Ni Yuxian:

Die Demokratie ist für die Menschheit bisher die einzige Wahl politischer Ordnung, die die Freiheit jedes Bürgers (nicht die kollektive Freiheit) effektiv gewährleisten kann. Wir haben die Demokratie gewählt, nur aus diesem Grund, daß sie der Garant der Freiheit ist.²⁴ Freiheit ist wie der Inhalt eines Eis, während die Demokratie die Eierschale bildet.²⁵

Die Freiheit des Volkes geht über alles und wird als "die allererste Aufgabe" der Exilopposition betrachtet.²⁶ Doch die Geister scheiden sich, wenn es um die Frage geht, wie die politische Freiheit zu erlangen ist.

Sofortiger Systemwechsel mit allen Mitteln

Diejenigen, die die Menschenrechte als Widerstandsrecht des Volkes verstehen, betrachten das kommunistische Regime als die Ursache für alle unmenschlichen Verbrechen in China. "Der Charakter des kommunistischen Regimes in China bleibt fünf Jahre nach dem Massaker nicht verändert".²⁷ Nur durch einen möglichst baldigen Systemwechsel, egal, mit welchen Mitteln, kann das Volk ihrer Meinung nach politische Freiheiten und Rechte wirklich erringen. Ni Yuxian bezeichnet den Grundsatz "friedlich, vernünftig und gewaltfrei" der CAD, FDC und ADC als "ein großes Hindernis für den Kampf des Volkes um Freiheit" und betont das "Recht des Volkes auf Selbstbewaffnung und -verteidigung" gegen das Regime. Das Volk könne wirklich frei und von der Versklavung unabhängig werden, wenn es das "Selbstverteidigungsbewußtsein" habe und sich "auf direkte oder indirekte Weise selbstbewaffnen kann".²⁸ Anhänger dieser Gruppe betrachten die Machtfrage als Kernpunkt der Demokratisierung in China und bilden den radikalen Flügel der Exilopposition. Dabei gehen sie bewußt oder unbewußt den alten Weg der Exilorganisation am Anfang dieses Jahrhunderts unter Sun Yatsen, dem "Vater der Republik China", und wollen das chinesische Volk auf einen Schlag "von der Versklavung befreien". So entwarf Wang Bingzhang ein Modell zum Sturz des Regimes in drei Schritten: von der "Studentenbewegung über die Arbeiterbewegung zur Soldatenbewegung".²⁹

Neo-Autoritarismus oder Taiwan-Modell

Als Gegenpol der radikalen Gruppe gehen die Anhänger des Neo-Autoritarismus oder des Taiwan-Modells in ihrer Grundannahme von der Unmöglichkeit aus, bei dem derzeitigen Bildungsniveau für die Masse der chinesischen Bevölkerung weitergehende Partizipationsrechte im Sinne demokratischer Strukturen westlicher Prägung einzuführen.³⁰ Sie betrachten die chinesische Demokratisierung als einen langfristigen Prozeß, in dessen Anfangsphase eine "aufgeklärte Diktatur" unter dem liberalen Flügel der Herrschaftseliten notwendig sei, entsprechend der Entwicklung in Taiwan unter der KMT seit Mitte der 80er Jahre. Dieser Prozeß sollte, wie der Philosoph Li Zehou und der Literaturkritiker Liu Zaifu feststellen, zeitlich und inhaltlich in folgenden vier Schritten verlaufen: 1. Wirtschaftsentwicklung, 2. individuelle Freiheit, 3. soziale Gerechtigkeit, 4. politi-

sche Demokratisierung.³¹ Es ist ihrer Meinung nach eine historische Notwendigkeit, persönliche Freiheit zugunsten der Wirtschaftsentwicklung aufzugeben, um einen friedlichen Systemwechsel zu ermöglichen.

Dieser Gruppe fehlt es nicht an bekannten Gestalten wie etwa Chen Yizi und Wu Guoguang, den ehemaligen Beratern von Zhao Ziyang. Auch einige Kulturprominente wie etwa Ruan Zhiming, die vor der Demokratiebewegung 1989 eine totale Verwestlichung befürwortet hatten, kehrten im Exil zum Neo-Autoritarismus bzw. zum Taiwan Modell zurück.³²

Konstitutionelle Lösung

Die Anhänger des westlichen Liberalismus wie Ruan Ming, Guo Luoji, Yan Jiaqi oder Hu Ping sehen eine enge Verbindung zwischen politischer Freiheit und rechtlicher Freiheit und befürworten die rechtliche Lösung des Problems der politischen Freiheit, nämlich durch einen demokratischen Verfassungsstaat.

Die bestehende Verfassung der VR China enthält ihnen zufolge bereits einen mehr oder weniger ausführlichen Grundrechtekatalog, der dem Grundrechtekatalog in Verfassungen westlicher Länder ähnelt. Das Problem liege nur darin, daß es keine Einschränkung staatlicher Gewalt gebe. Die Menschenrechtsbewegung soll ein Teil der "Bewegung konstitutionalistischer Demokratie" (*minzhu xianzheng yundong*) sein und auf "konstitutionelle Demokratie" (*xianzheng minzhu*) zielen, indem sie durch eine Verfassungsreform die kommunistische Diktatur abschafft und eine Herrschaft des Rechts einführt, um die staatliche Gewalt an Recht und Gesetz zu binden und dadurch die grundlegenden Freiheitsrechte der Bürger gegen willkürliche Eingriffe abzusichern.³³

Daß China trotz der Einführung des Verfassungssystems vor hundert Jahren immer noch kein Verfassungsstaat ist, begründet Guo Luoji damit, daß die Reformbewegungen und Revolutionen in der Vergangenheit im Grund genommen nur auf Machtwechsel zielten und nichts mit dem Rechtsanspruch des Volkes zu tun hatten. Der Mangel an Rechtsbewußtsein und Rechtsanspruch war seiner Auffassung nach ebenfalls eine Schwäche der Demokratiebewegung im Jahr 1989.³⁴ So sollte die gegenwärtige Demokratiebewegung "eine Bewegung um Recht, nicht um Macht" sein und durch politische Reformen ihr Ziel erreichen.³⁵ Diese Bewegung soll "friedlich und schrittweise" verlaufen, um große gesellschaftliche Erschütterungen oder den Zerfall des Landes zu vermeiden. "Die Geschichte Chinas und der Welt hat gezeigt, daß jeder Versuch, der Menschheit durch Gewalt und gewaltsame Revolutionen zu einem neuen Leben zu verhelfen, nur katastrophales Leid über das Volk bringen konnte".³⁶

IV Die Rechte der nationalen Minderheiten

Die Menschenrechte gelten für nicht wenige Exiloppositionelle eher als eine politische Losung oder als eine Waffe zum Zwecke, das Heimatregime herauszufordern. So werden sie als Ziel der Demokratiebewegung bei manchen konkreten Fragen immer dann leicht vergessen, wenn es nicht um Menschenrechtsverletzungen des Regimes in Beijing, sondern um "das Interesse der chinesischen Nation" geht. Diese Verwirrung zeigt sich insbesondere bei der Rechtsfrage nationaler Minderheiten in China.

Die führenden Exildissidenten erkennen die Frage nationaler Minderheiten zwar "im Grund genommen als eine Frage der Menschenrechte" an und fordern eine gleichberechtigte Behandlung aller Nationalitäten, setzen sich jedoch nicht für deren Unabhängigkeitsbestrebung ein: "Wir sind Demokraten und zugleich auch Patrioten".³⁷ An der Basis findet die Ablehnung einer "Spaltung des Staatsgebiets" ebenfalls eine überwältigende Mehrheit.³⁸ Man hat zwar Verständnis für die Forderungen der Tibeter nach Achtung ihrer Menschenrechte, aber nicht für die nach Achtung ihrer Souveränität. Menschenrechtsfrage und Souveränität sind eben zwei paar Schuhe. So sind sie besorgt darum, daß die im Exil lebenden Tibeter in der Tibetfrage "die westliche Ansicht" akzeptiert haben.³⁹ Der wohl bekannteste Dissident Chinas Fang Lizhi sagte einmal zum geistigen Führer der Tibeter, dem Dalai Lama: Er könne es als Privatperson akzeptieren, daß die Tibeter unabhängig von China werden wollten; auf der nationalen Ebene könne diese Entscheidung jedoch nicht akzeptiert werden.⁴⁰ Für die meisten Exildissidenten gilt die Einheit des Staates als Prinzip, und es bleibt bei ihren Bemühungen um nationale, zumindest jedoch staatliche Integration nur wenig Raum für "Volksgruppenrechte". Sie betrachten die gegenwärtige Demokratiebewegung als "eine Bewegung der Han-Chinesen und nationaler Minderheiten" und glauben, nur Demokratisierung Chinas könne die Interessen der nationalen Minderheiten schützen.⁴¹

Diejenigen, die offen für das Selbstbestimmungsrecht der Tibeter eintreten, wie der Chefredakteur der Exilzeitschrift *Beijing Zhichun* Yu Dahai, der freie Journalist Cao Changqing oder der Menschenrechtler Wu Hongda (Henry Wu) bilden in der Exilopposition nur eine ganz kleine Minderheit.⁴² Ihre Forderung nach Selbstbestimmungsrecht stieß auf Kritik von der Basis. Ein Aktivist der Exilopposition bemerkt:

Es ist die Verpflichtung aller Chinesen, die Einheit des Landes zu bewahren. (...) Die Frage der nationalen Minderheiten kann nur durch eine Einführung der Autonomie und lokalen Selbstverwaltung gelöst werden. Auch die zukünftige demokratische Regierung Chinas muß das Gefühl und den Willen des Volkes respektieren.⁴³

Wu Hongda stellte demgegenüber: "Die meisten Chinesen haben einen Vaterlandskomplex. Tibet ist ihrer Meinung nach ein Teil des Vaterlandes und darf deshalb nicht von China unabhängig werden."⁴⁴ Dieser "China-Komplex" zeigt sich auch deutlich beim Versuch mancher Exildissidenten, die Oppositionsbewegung mit Nationalismus oder Patriotismus zu verbinden. Für sie bedeutet "Rettung der chinesischen Nation" das eigentliche Ziel und Menschenrechte oder Demokratie gelten nur als Mittel, dieses zu erreichen. Nach Lin Changsheng, einem in den USA lebenden Aktivist der Exilbewegung, liegt das Wesen der gegenwärtigen Demokratiebewegung in "Demokratie und Rettung Chinas".⁴⁵

Die Exilopposition soll auch das "Banner des Nationalismus" hochhalten, denn "Patriotismus als Losung kann mehr als persönliche Freiheit die Unterstützung und Sympathie breiter Massen finden".⁴⁶ Guo Ping, ehemaliger Kontrollkommissionsvorsitzender der CAD, rief zur Stärkung Chinas durch politische Demokratisierung und Entwicklung der Marktwirtschaft auf:

Wir werden 50 Taiwan oder 10 Japan (in China) aufbauen können. (...) Kommen die drei Seiten Chinas, Taiwan und Hongkong aufgrund einer demokratischen Vereinigung zusammen, wird die chinesische Nation mit Sicherheit im 21. Jahrhundert in hellem Glanz erstrahlen und Japan überholen.⁴⁷

Schlußbemerkung

Abschließend läßt sich feststellen, daß die Exilopposition der VR China trotz einer gemeinsamen Zielrichtung kein einheitliches Verständnis in der Menschenrechtsfrage hat. Ein großer Teil der führenden Exildissidenten akzeptiert die Menschenrechte als Rechte des Individuums und betrachtet die westliche konstitutionale Demokratie als Modell für China. Aber es gibt auch andere Stimmen. Während die einen auf politische Macht zielen, gehen die anderen von den Interessen des Staates oder der Nation aus und lassen die politische Freiheit und die Rechte des Individuums hinter kollektive Rechte, Sozialrechte oder die "Interessen der Nation" zurücktreten.

James D. Seymour hat zurecht festgestellt: "Chinese intellectuals therefore are quite right in giving primacy to the question of civil liberties, but if they talk only of this and wresting power from the communists, there is a question of sincerity".⁴⁸ Diese Frage muß leider offen bleiben, solange die Exilopposition noch Opposition im Exil ist.

Anmerkungen:

- 1) Nach einer Untersuchung der "Hong Kong Alliance in Support of Patriotic Democratic Movement" gab es im Jahr 1990 mehr als 500. Nach der Einschätzung von Prof. Stumpfheld zählten sie im Jahr 1992 sogar mehr als 800. Siehe Zhongguo minzhu yundong ziliao zhongxin (Informationszentrum für die chinesische Demokratiebewegung) (Hrsg.), **Bajiu zhongguo minyun tuanti zhuanjuan (Organisationen der chinesischen Demokratiebewegung von 1989)**, Hong Kong, 1991, S. 333; Hans Stumpfheld, "Demokratisierung in der Volksrepublik China", in: Rainer Tetzlaff (Hrsg.), **Perspektiven der Demokratisierung in Entwicklungsländern**, Hamburg 1992, S.78.
- 2) "Zhongguo minyun tuanti xietiaohui zhangcheng (Satzung des Koordinierungsrates der chinesischen Demokratiegruppen)", **Beijing Zhichun (Beijing Spring)**, Mai 1994, S.88.
- 3) Die Exilorganisationen selbst haben keine genauen Zahlen. Diese Vermutung wird durch meine Interviews mit ihren führenden Mitgliedern bestätigt.
- 4) "Manifest der FDC", deutsche Fassung veröffentlicht **Frankfurter Allgemeine Zeitung** vom 7. Oktober 1989, S.6; **Minzhu Zhongguo Zhengxian (An Introduction of the Federation for a Democratic China)** in chinesischer und englischer Fassung, Paris 1994; "Satzung der ADC", Stand 31. Januar 1993, **Zhongguo Zhichun (China Spring)**, März 1993, S.7-9; 2.Satzung der CAD", Stand Juni 1989, **Zhongguo Zhichun**, Oktober 1989, Nr.77, S.47; Satzung der FDPC, Stand 1991, 1993, in: **Schriftenreihen** (Broschüren, New York) der FDPC von 1991 und 1993. Telefoninterview mit dem FDPC Vorsitzenden Wang Bingzhang am 14. Oktober 1994.
- 5) "Guanyu muqian zhongguo dalu jushi de gongtong shengming (Gemeinsame Erklärung über die gegenwärtige Lage des chinesischen Festlands)", **Minzhu Zhongguo (Demokratisches China)**, Dezember 1994, S.98.
- 6) Xiang Xiaoji, "Renquan yu zhuquan (Menschenrechte und Souveränität)", **Minzhu Zhongguo**, August 1990, S.95f.
- 7) He Ping, "Fang zhuming zhengzhi xuejia Yan Jiaqi (Interview mit dem bekannten Politikwissenschaftler Yan Jiaqi)", **Beijing Zhichun**, 4/94, S.58.
- 8) Hu Ping, "Ziyoushuyi sichao zai zhongguo de mingyun (Das Schicksal der liberalistischen Strömung in China)", **Zhongguo Zhichun**, April 1991, S.52.
- 9) Wie Anm. 5.

- 10) Gao Ertai, "Minzuzhuyi - Zhongguo de guoqu, xianzai he weilai (Nationalismus: die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft Chinas)", **Minzhu Zhongguo**, Juli 1994, S.15.
- 11) Ni Yuxian, "Minzhu yundong weile ren (Die Demokratiebewegung ist für die Menschen)", **Zhongguo Zhichun**, Juni 1991, S.64.
- 12) Hu Ping, "Ziyouzhuyi sichao zai zhongguo de mingyun (Das Schicksal der liberalistischen Strömung in China)", Teil 1, **Zhongguo Zhichun**, Februar 1991, S.36-37.
- 13) Ders., "Teil 2", **Zhongguo Zhichun**, April 1991, S.50.
- 14) Samuel P. Huntington, "The Clash of Civilizations?", **Foreign Affairs**, Summer 1993, Vol. 72, Nr. 3, S.49.
- 15) Guo Luoji, "Chongtu yu ronghe (Konflikt und Integration)", **Minzhu Zhongguo**, Juli 1994, 22, S.19.
- 16) Gong Xiaoxia, "Zai guohui zuozheng yinqi de fengbo (Der Streit um mein Zeugnis im Kongreß)", **Zhongguo Zhichun**, August 1991, S.66.
- 17) Wu Guoguang, "Ziyou, tuijin zhongguo xiandaihua zhuxing de jiben daoxiang (Freiheit, Grundorientierung für die Modernisierung und Transformation Chinas)", **Minzhu Zhongguo**, Februar 1991, S.18.
- 18) Xiao Yu, "Zhongguo minzhu qiantu da bianlun (Auseinandersetzung um die Zukunft der chinesischen Demokratisierung)", **Zhongguo Zhichun**, November 1991, S.35.
- 19) Ebenda.
- 20) Wie Anm. 5, S.97.
- 21) Wang Bingzhang, "Lun yangqi zhengfu de tianfu renquan (Über das von Natur aus angeborne Menschenrecht, die Regierung zu verwerfen)", **Zhengming**, Juni 1994, S.50-53.
- 22) Wie Anm. 5, S.97.
- 23) Xu Bangtai, "Lun wuquan xianfa (Über die Verfassung der fünf Rechte)", **Zhongguo Zhichun**, Juni 1991, S.53.
- 24) Ni Yuxian, "Wei ren de huigui er douzheng (Kampf um die Wiedergewinnung der Menschenwürde)", **Zhongguo Zhichun**, November 1992, S.15f.
- 25) Wie Anm. 11, S.63.
- 26) Wie Anm. 5, S.97.
- 27) Wie Anm. 21, S.50.
- 28) Ni Yuxian, "Lun renmin you wuzhuang ziwai de quanli (Über das Recht des Volks auf Selbstverteidigung)", **Beijing Zhichun**, September 1994, S.50.
- 29) Wang Bingzhang, "Xueyun, gongyun, bingyun, zhongguo minyun xiayibu de gongzuo zhongdian (Studentenbewegung, Arbeiterbewegung und Soldatenbewegung, nächster Arbeitsschwerpunkt chinesischer Demokratiebewegung)", **Xingonghe Congshu (Neue Republik, FDPC Schriftenreihe)**, S.25-28; ders., "Zuohao taifan zhonggong zhengquan de sixiang yu zuzhi zunbei (Ideologische und organisatorische Vorbereitungen für den Sturz des kommunistischen Regimes in China)", **Shijie Ribao (Welttageszeitung)** vom 1. Juni 1991.
- 30) Vgl. Wu Guoguang, "The Issues of Participation in the Political Reform: Pressures and Limitations", in: Roger V. Des Forges/Luo Ning/Wu Yen-bo (Hrsg.), **China, the crisis of 1989: Origins and Implications (Volume II)**, New York 1990, S.239.
- 31) Li Zehou/Liu Zaifu, "Benmo dao zhi de shiji (Auf den Kopf gestelltes Jahrhundert)", **Mingbao**, Januar 1995, S.94 f.
- 32) Vgl. Qi Mo, "Xinquanweizhuyi lunzhan shuping (Bemerkungen zur Auseinandersetzung um den Neo-Autoritarismus)", in: ders. (Hrsg.), **Xinquanweizhuyi, dui zhongguo dalu weilai mingyun de lunzheng (Neo-Autoritarismus, Auseinandersetzungen um die Zukunft des chinesischen Festlands)**, Taipei 1991, S.316-318.
- 33) Ruan Ming, "Renquan yu xianzheng (Menschenrechte und konstitutionelle Regierungsform)", **Zhengming**, Juni 1994, S.37.
- 34) Guo Luoji, "Zhongguo minzhu yundong de zhanglu fangzheng (Strategische Richtlinie der chinesischen Demokratiebewegung)", **Beijing Zhichun**, Mai 1994, S.16f.
- 35) Ebenda, S.18f.
- 36) Yan Jiaqi, "Xin xianzheng yundong, zouxiang minzhu xianzheng de 'sange jieduan' (Die neue konstitutionelle Bewegung, drei Schritte in Richtung auf die konstitutionelle Demokratie)", **Zhongguo Zhichun**, Januar 1995, S.85.
- 37) Wie Anm. 5, S.99.
- 38) Eine Diskussion, organisiert von der FDC in Süddeutschland Ende Oktober 1993, und ein Symposium, organisiert von den Unterorganisationen der ADC in Deutschland und der Schweiz im Oktober 1994 in Zürich, sind Beispiele dafür. Vgl. **Geist der Freiheit**, Dezember 1994, S.1.

- 39) Vgl. Chen Yungen, "Cong minzhu yundong dao wenhua jianshe, ji ouzhou minlianzheng 'zhongguo qiantu yu minzhu gaige' yantaohui (Von der Demokratiebewegung zum Kulturaufbau, Bericht über das Seminar 'Die Zukunft Chinas und die demokratische Reform' der ADC in Europa)", **Zhongguo Zhichun**, Dezember 1994, S.78.
- 40) Qiu Chuliang, "Jiebukai de zhongguojie, zhaobudao de minyun lingxiu (Unlösbarer Chinakomplex, unauffindbare Führung der Demokratiebewegung)", **Jiushi Niandai**, Januar 1992, S.84.
- 41) "Die Gegenwärtige Situation und bevorstehenden Aufgaben der chinesischen Demokratiebewegung, politische Deklaration der Vertreterversammlung zum Zusammenschluß der FDC und CAD", **Zhongguo Zhichun**, März 1993, S.11.
- 42) Cao Changqing, "Duli, xizang renmin de quanli (Unabhängigkeit, das Recht der tibetantischen Volkes)", **Beijing Zhichun**, November 1994, S.30-36; Yu Dahai, "Guanyu xizang he minyun de minzu zhengce (Über Tibet und die Nationalitätenpolitik der Demokratiebewegung)", **Beijing Zhichun**, November 1994, S.37-41.
- 43) Wang Zhuo, "Jiejue minzu wenti ying kao zizhi (Die Nationalitätenfrage muß durch Autonomie gelöst werden)", **Beijing Zhichun**, Januar 1995, S.104f.
- 44) Jin Zhong, "Wei zhongguo renquan gongzuo. Fan meiguo renquan xuezhe Wu hongda xiansheng (Einsatz für die Menschenrechte in China. Interview mit Herrn Wu Hongda)", **Kaifang (Öffnung)**, März 1993, S.41.
- 45) Lin Changsheng, "Aiguo zhuyi yu minzhu zhuyi jiehe (Patriotismus mit Demokratie verbinden)", **Zhongguo Zhichun**, September 1990, S.22.
- 46) Ebenda, S.23.
- 47) Guo Ping, "Zhongguo minyun yu minzhu zhuyi (Die chinesische Demokratiebewegung und Nationalismus)", **Zhongguo Zhichun**, November 1992, S.44.
- 48) James D. Seymour, "What the Agenda has been missing?", in: Susan Whitfield (Hrsg.), **After the Event, Human Rights and their Future in China**, Manchester 1993, S.38.